

Ratssitzung vom 25.09.2017

Einbringung des Haushaltes 2018

Der Oberbürgermeister und die Finanzdezernentin brachten den Haushalt ein. Sie nannten die wesentlichen beeinflussenden Faktoren. Die konjunkturellen Bedingungen sind günstig, ebenso das niedrige Zinsniveau. Das führt u. a. zu einer Reduzierung der Verschuldung und die notwendige Konsolidierung kann fortgeführt werden. Wie durch den Zukunftsvertrag gefordert schreibt der Haushalt eine schwarze Null. In der Vergangenheit wurde zunehmend auf Investitionen verzichtet. Investitionen sind aber notwendig um die kommunalen Aufgaben zu erfüllen. Hildesheim hat wieder konstant über 100.000 Einwohner. Das bedeutet aber auch, dass mehr Wohnraum benötigt wird. Auch der Wirtschaftsstandort muss durch zusätzliche Gewerbeflächen ausgebaut werden. Äußerst wichtig ist die Kita- Betreuung, damit das familienfreundliche Wohnen attraktiv bleibt. Hier überall muss die Stadt reagieren und die notwendigen Voraussetzungen schaffen. Hinzu kommen noch die Schulentwicklung, die Situation von Sporthallen, die Digitalisierung und der Hochwasserschutz. Das sind immense Aufgaben.

Berufung von Ehrenbeamten der Hildesheimer Ortsfeuerwehren

Neue Ortsbrandmeister bekamen die Ortsfeuerwehren in Bavenstedt, Einum und Marienrode. Alle wurden einstimmig ernannt.

Zusammensetzung der Lenkungsgruppe zur Bewerbung um den Titel "Kulturhauptstadt Europas 2025"

Der Rat hat die Verwaltung mit der Vorbereitung der Bewerbung um den Titel „Kulturhauptstadt Europas 2025“ unter Einbindung der Region beauftragt. Zu diesem Zweck soll unter anderem eine Lenkungsgruppe gegründet werden, die für die grundlegende Willensbildung im Bewerbungsprozess zuständig ist. Diese soll sich wie folgt zusammensetzen: Oberbürgermeister und Landrat, Personen des interkommunales Projektbüros 2025, Bürgermeisterinnen und/ oder Bürgermeister des Landkreises, Vertreterinnen und/oder Vertreter des Rates der Stadt Hildesheim, Vertreterinnen und/oder Vertreter des Kreistags, Vertreterinnen und/oder Vertreter der Hochschulen, Vertreterinnen und/oder Vertreter der Wirtschaft, Vertreterinnen und/oder Vertreter der Kultur in Stadt und Landkreis sowie Vertreterinnen und/oder Vertreter weiterer Institutionen. Auf dieser Grundlage hat die Verwaltung in Abstimmung mit dem Landkreis eine Gruppe von Persönlichkeiten aus den genannten Bereichen gewinnen können, in der Lenkungsgruppe mitzuwirken.

Insgesamt 23 Personen gehören der Lenkungsgruppe an. Der Rat hat einstimmig zugestimmt.

Maßnahme S-Bahnhof Himmelsthür- Abschluss einer Planbegleitungsvereinbarung

Nach einem mehrjährigen Vorlauf sollen nunmehr die konkreten Planungen für die Realisierung des S-Bahnhofs Hildesheim Himmelsthür eingeleitet werden. Nach Abstimmung zwischen den beteiligten Unternehmen der Deutschen Bahn (DB) und der Landesnahverkehrsgesellschaft (LNVG) als Genehmigungs- und Förderbehörde wird für die Projektierung neuer Haltepunkte/Bahnstationen folgendes Verfahren angewendet:

1. Projektphase 2018 - 2021

Zunächst werden im Rahmen der Planung die Leistungsphasen (LP) 1 - 4 gem. HOAI erarbeitet. Dieses ist ausschließlich Aufgabe der Stadt Hildesheim, einschließlich der Ausschreibung und Finanzierung. Die Erstellung der LP 1 - 4 wird anteilig durch Mittel des Landkreises Hildesheim in Höhe von 200.000,00 Euro in den Jahren 2018/2019 gefördert. Innerhalb dieser Projektphase kann nach Vorlage der Vorplanung (LP 2) sowie nach Vorlage der Entwurfsplanung (LP 4) jeweils separat über die Fortsetzung der Maßnahme erneut entschieden werden. Ausschreibung und Erarbeitung der LP erfolgen in enger Abstimmung mit der DB.

2. Projektphase 2021 - 2024

Nach Abschluss der LP 4 wird das Projekt an die DB zur Realisierung (LP 5 - 9 der HOAI) übergeben. Ab der LP 5 wird die Maßnahme zu 75 % der förderfähigen Kosten durch die LNVG gefördert. Für die verbleibenden 25 % der Kosten besteht zwischen Stadt und Landkreis die Vereinbarung, dass beide jeweils 50 % dieser Kosten übernehmen.

Die nach den vorliegenden Kostenschätzungen für die Maßnahme erforderlichen Mittel sind beginnend mit dem Haushaltsjahr 2018 angemeldet. Aufgrund der aufwendigen Planung und Realisierung des Vorhabens erstreckt sich die Finanzierung der Gesamtmaßnahme über einen Zeitraum bis 2024. Für den Start des Projektes ist zunächst die zwischen den Vertragspartnern abgestimmte Planbegleitungsvereinbarung abzuschließen. Ein entsprechender Beschluss wurde einstimmig gefasst.

Fortschreibung des Sachstandsberichts Flüchtlinge in Hildesheim

Informationen gab es zu Zuzugszahlen/Quote, Unterbringung, Betreuung, Kosten, Stellenbedarf, Aufwendungen und Erstattungen, weiteren Entwicklungen des Zuzugs und Prognosen.

Einrichtung einer Fachstelle zur Radikalisierungsprävention

Der Rat hat die Stadt Hildesheim aufgefordert, gemeinsam mit dem Landkreis Hildesheim und dem Caritas Ortsverband die Einrichtung einer Anlauf- und Vernetzungsstelle für Extremismus-Prävention auf der Grundlage des Konzeptes „RADIUS“ einzurichten. Zugleich wurde beschlossen, dass die Stadt Hildesheim im Rahmen der Kofinanzierung des Projektes 10 % der Projektkosten für die Laufzeit von 7/2017 bis 12/2019 - bereitstelle. Die Entscheidung wurde unter den Vorbehalt einer positiven Förderentscheidung des Bundesprogramms „Demokratie leben“ gestellt.

Die Aufnahme des Programms „RADIUS“ in das o.g. Bundesprogramm wurde im vergangenen Monat vom zuständigen Bundesamt für Familie und zivilgesellschaftliche Aufgaben abgelehnt. Hiernach haben Verwaltung, Politik und Caritas gemeinsam die Akquise weiterer Fördermöglichkeiten vorangetrieben. Mittlerweile liegt dem Caritas Ortsverband für das Konzept „RADIUS“ eine Förderzusage des Landesdemokratiezentrum vor. Die angestrebte Förderung richtet sich nach den Förderrichtlinien der Landes-Demokratiezentren, in denen es heißt: „Im Rahmen des Bundesprogramms werden, neben der Finanzierung der Aufgaben des Demokratiezentrum, noch die Mobile, die Opfer- und die Ausstiegsberatung sowie struktur-bildende Maßnahmen gegen Islamismus gefördert“. Parallel dazu wird der Caritas Ortsverband eine weitere Förderung für das Programm „Migration, Teilhabe, Vielfalt“ beantragen.

In der Summe wird das Projekt "RADIUS" deckungsgleich umgesetzt. Die Projektfinanzierung speist sich dann neben den Kofinanzierungsmitteln des Landkreises und der Stadt aus den Quellen des "Landesdemokratiezentrum" einerseits und dem Landesförderprogramm „Migration, Teilhabe, Vielfalt“. Angesichts der zum Bundesprogramm "Demokratie leben" insgesamt geringeren Fördermittel beginnt das Projekt voraussichtlich mit dreimonatiger Verspätung zum 01.10.2017 und einem "Etappenstart". Dies sind die einzigen Veränderungen gegenüber den ursprünglichen Planungen.“

Einstimmig wurde folgender Beschluss gefasst: Die Stadt Hildesheim stellt im Rahmen der Kofinanzierung des Projekts „RADIUS“ insgesamt 32.495,36 Euro für die Laufzeit von 10/2017 bis 12/2019 bereit. Voraussetzung für die Auszahlung ist die ganzheitliche Umsetzung des Projekts „RADIUS“.

Beitritt Hildesheims zum internationalen Städtebündnis "Mayors for Peace"

Das internationale Städtebündnis „Mayors for Peace“ (Bürgermeister/innen für den Frieden) wurde 1982 auf Initiative der damaligen Bürgermeister der japanischen Städte Hiroshima und Nagasaki gegründet. Das Netzwerk setzt sich weltweit für die vollständige Abschaffung aller Atomwaffen und für eine zivile nichtmilitärische Bearbeitung von Konflikten ein. Fast 500 Kommunen sind in Deutschland und weltweit über 7000 bereits dem Netzwerk beigetreten.

Mehrheitlich wurde beschlossen, dass die Stadt Hildesheim dem internationalen Städtebündnis „Mayors for Peace“ beitrifft. Der Stadtrat unterstützt damit die Initiative zur Abschaffung von Atomwaffen. Darüber hinaus möchte der Stadtrat mit dem Beitritt ein Zeichen gegen Kriege und damit verbunden auch gegen Fluchtursachen setzen.